

Politik des kreativen Chaos

Marie Nassif-Debs,
Universität Pompeu Fabra,
Barcelona.
Aus dem Französischen von
Martina Sabra. Aus redaktionellen
Gründen gekürzt.



Die libanesische Krise

Das Abkommen von Ta'if, ein Dokument der nationalen Versöhnung, das den Bürgerkrieg beendete, beinhaltet eine Reihe von Maßnahmen, die das libanesisches Herrschaftssystem reformieren sollten. Die Autorin behandelt die Machtverschiebungen innerhalb des konfessionalistischen Systems, die mittels des Verfassungsgesetzes vom 21. September 1990 umgesetzt wurden und macht zwei Konstanten libanesischer Politik fest: Die Flucht zu Schutzmächten und die abrupt wechselnden Allianzen.

Zur Zeit herrscht im Libanon ein ständiges Kommen und Gehen der Delegationen politisch und militärisch Verantwortlicher, seien es US-amerikanische oder europäische, die seit drei Jahren durch Beirut und Umgebung flanieren. Woher kommt das internationale Interesse an diesem winzigen Land, dessen Fläche gerade einmal 10452 Quadratkilometer misst und dessen Einwohnerzahl – hoch geschätzt – bei 4,3 Millionen liegt?

Es lebe die Republik!

Der moderne Libanon entstand im Jahr 1860, nach einem blutigen dreijährigen Bürgerkrieg, in dem sich die Drusen und Christen des Landes bekämpft hatten. Die einen wurden unterstützt von Großbritannien, die anderen von Frankreich (jeweils mit dem Ziel, die mittelöstlichen Gebiete des osmanischen Reiches zu zerstückeln). Seither zählt der Libanon zu jenen kleinen Staaten, die immer wieder in Instabilität geworfen sind.

Der Libanon ist ein multikonfessionelles Gebilde, in dem jede der 18 religiösen Gemeinschaften den Status eines Mini-Staats im Staat innehat. Denn sie verfügen über eigene Gerichtsbarkeit, sie haben eigene Vertreter in der Legislative und Exekutive, haben eigene konfessionelle Schulen und sie sind über Quoten in der Verwaltung und den öffentlichen Diensten vertreten.

Die Spitze des Staats wird gebildet von einer Hydra mit drei Köpfen: ein Präsident der Republik, der zur christlich-maronitischen Gemeinschaft gehört, ein Premierminister, der zur muslimisch-sunnitischen Gemeinschaft gehört, und ein Parlamentspräsident, der zur muslimisch-

schiitischen Gemeinschaft gehört. Es lebe die Republik!

Privilegien über alles

Diese Situation ist die Ursache der jüngsten Krise, die der Libanon durchlebt. Diese Krise unterscheidet sich in nichts von den Krisen, die das Land bereits in den Jahren 1952, 1958, 1967 und vor allem seit 1975 durchlebte.

Es überschneiden sich die Interessen einer mächtigen Finanzoligarchie, welche im Gefolge des Öl-Booms in den 50er Jahren auf der arabischen Halbinsel auf die Bühne katapultiert wurde, mit den Interessen der Nachkommen alter Feudalherren, die ihre ökonomischen Vorteile längst verloren haben, die aber immer noch ein Teil der politischen Landschaft sind. Dazu kommen dann noch die Interessen der Intelligentsia der verschiedenen Konfessionen.

Ausgangspunkt der Streitigkeiten und Auseinandersetzungen ist nicht der Wille, das von der Kolonialmacht geerbte politische System zu modernisieren, sondern die Ausdehnung und der Erhalt der jeweils eigenen Privilegien. Gleichzeitig aber vereinen sich alle kriegsführenden Gruppen und beenden ihre politischen Auseinandersetzungen, ja sogar Bürgerkriege, sobald sie Gefahr für das Regime wittern, das sie alle schützt. Immer wieder wird nach einem äußeren Beschützer gerufen, international oder regional.

Die politischen Allianzen im Libanon entstehen und vergehen in einem schwindelerregenden Tempo und sie können schon beim ersten Windhauch aus Ost oder West wechseln. Seit 1975 haben wir solche Allianzen kommen und

Auch wenn es die beiden gegenwärtigen Hauptakteure schaffen, sich zu einigen: Die inhärente Krise des politischen Systems im Libanon wird sich verstärken.

gehen sehen: das «Dreierbündnis» zwischen Maroniten-Führern, der ebenfalls maronitischen «Libanesischen Front», dem die «Allianz der progressiven und muslimischen Kräfte» gegenüberstand. Danach kam das «Viererbündnis», dem im Jahr 2000 die vier wichtigsten muslimisch geprägten Parteien angehörten: Die Zukunftsbewegung von Rafik Hariri, die Hizbullah, die Amal-Bewegung von Nabih Berri, und die sozialistische Partei von Walid Jumblat. Die Spaltung der Viererallianz führte zur Bildung zweier neuer Gruppen: der sogenannte «8. März» (Opposition: Hizbullah und Michel Aoun) und die Allianz des «14. März» (Saad Hariri, Amin Gemayyel usw. oder auch Strömung al-Mustaqbal – benannt nach der Zeitung Rafiq Hariris), in der die untereinander ebenfalls zersplitterten Christen Zuflucht gefunden haben.

Die aktuelle Krise – eine allseitige Krise?

Auch wenn es die beiden gegenwärtigen Hauptakteure schaffen, sich auf Präsidentschaftswahlen, auf eine Regierung der «Nationalen Einheit», und auf die Verteilung der vier wichtigsten Ministerämter (Verteidigung, Inneres, Außenpolitik und Finanzen) zu einigen: Die inhärente Krise des politischen Systems im Libanon wird sich verstärken.

Denn ein Teil der libanesischen Konfessionen, die Christen im Allgemeinen und die Maroniten im Besonderen, haben erkannt, dass die Vereinbarung von Ta'if sie enteignet hat. Ta'if hat zwar den Bürgerkrieg beendet, aber es wurde auch ein neuer politischer Konsens installiert, demgemäß die Verfassung der zweiten Republik die wichtigsten Privilegien der Christen in die Hände der Sunniten

überträgt. Der immer noch maronitische Präsident der Republik hat seine Macht an den Ministerpräsidenten übergeben. Dieser ist zum eigentlichen Regierungschef geworden, denn die Vorrechte des Präsidenten sind allesamt an die «Zustimmung» des Regierungschefs geknüpft. Während die Christen sich an den Rand gedrängt fühlen, gewinnen die Muslime immer mehr Terrain. Der politische Aufstieg Rafiq Hariris – ein Freund Frankreichs und ein Günstling der USA und der Saudis – war der erste Schritt auf diesem Weg. Den USA fiel es leichter als den arabischen Staaten und Saudi-Arabien, den Preis für diese neue Politik zu zahlen: von Saudi-Arabien wurde verlangt, einen 10-Milliarden-Dollar-Vertrag für den Kauf von US-amerikanischen Waffen zu unterzeichnen, während die USA gleichzeitig Waffen im selben Wert an die Israelis versprochen, damit sie leichter mit dem Palästinenseraufstand fertig würden?

Die Regierung

Nach der Ermordung von Rafiq Hariri wurde rasch Fuas Siniora als Ministerpräsident eingesetzt, der nun den gleichen Weg wie sein Vorgänger und persönlicher Freund geht.

Schon unter Rafiq Hariri war es Siniora, der die Wirtschaftspolitik plante und bestimmte. Er unterstellte das Land dem ausländischen Großkapital: Der Zehnjahresplan, der Anfang 1993 begann, hat dem Libanon einen Schuldenberg von 40 Milliarden Dollar beschert. Dazu kamen in den vergangenen zehn Jahren weitere 10 Milliarden, allesamt zu hohen Zinskonditionen. Nahezu die Hälfte des aktuellen Staatshaushaltes ist für Zinszahlungen, während die produktiven Bereiche, wie Industrie und Landwirtschaft dahinve-

getieren und die Dienstleistungen, allen voran das Mobiltelefongeschäft (das «Schwarze Gold» des Libanons) zur Privatisierung freigegeben wurden, damit bestimmte Familienmitglieder einiger Minister und politischer Clanchefs sich bereichern konnten.

Eine neue geopolitische Karte

All dies bildet den Hintergrund der Bestrebungen der US-Regierung den arabischen und persischen Golf stabiler zu beherrschen, wo 65% der Weltvorkommen des Erdöls liegen, aber auch, weil in dieser Region mehr als 30% der Weltvorkommen an Erdgas liegen. Man darf auch nicht die Wasservorräte des Libanons vergessen, eine weitere wichtige, für Israel unverzichtbare Energiequelle in den kommenden Jahren.

Wir befinden uns mitten in einer Übergangsperiode, in der die USA – bislang vergeblich – versuchen, die geopolitische Karte des Mittleren Ostens neu zu zeichnen. Ihre «Politik des kreativen Chaos» bedeutet, alle möglichen Arten von Zersplitterung und Bürgerkriegen – religiöse, konfessionelle und ethnische – eher zu schüren als einzudämmen.

Da sie aber vom Irak bis Libanon auf Probleme stoßen, und da ihre Versuche, den libanesischen Widerstand mit Hilfe Israels auszulöschen, kläglich gescheitert sind, finden sie nur noch einen Ausweg: die Flucht nach vorn, in einem Konflikt, der sie zum Gegner von mehreren Völkern in der Region macht.

Doch wo ist bei all dem die Europäische Union? Die Politik der EU überrascht immer wieder durch ihre Schwäche und ihre Ambivalenzen gegenüber diesen Projekten. Dies vor allem, da alle europäischen Regierungen, die in Afghanistan, dem Irak und in den UNIFIL-Truppen im Südlibanon präsent sind, sich durchaus im Klaren sind über die Absurdität der Ziele der Bush-Administration, sowohl ökonomisch als auch in Hinsicht des Kampfes der Zivilisationen, den er unter der Decke des Kampfes gegen den Terror versteckt.